Öffentliches Recht in Berlin

Siegel / Waldhoff

4. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-79837-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.
beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Landesrecht
Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht in Berlin

Verfassungs- und Organisationsrecht
Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht
Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht
Öffentliches Baurecht

Eine prüfungsorientierte Darstellung

von

Univ.-Prof. Dr. rer. publ. Thorsten Siegel
Freie Universität Berlin

Univ.-Prof. Dr. iur. Christian Waldhoff
Humboldt-Universität zu Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Auflage 2023

C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Siegel/Waldhoff, ÖffR Bln

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 798837 5

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

CO_2 neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur vierten Auflage

Auch die dritte Auflage des Lehrbuchs hat – ebenso wie bereits die beiden Auflagen zuvor – eine sehr erfreuliche Nachfrage erfahren. Daher legen wir in Abstimmung mit dem Verlag C.H. Beck nun eine neu bearbeitete vierte Auflage vor.

Das Landesverfassungsrecht Berlin zeichnet sich nach wie vor durch eine ungewöhnliche Dynamik aus. Schlagworte wie Mietendeckel, Sozialisierung oder Wahlchaos stehen dafür stellvertretend. Alle diese neueren Entwicklungen sind in der vierten Auflage berücksichtigt. Den Abschnitt über die Berliner Bezirke verantwortet nach wie vor Notarassessor *Matthias Sören Holland*.

Aber auch in den verwaltungsrechtlichen Abschnitten waren viele Änderungen zu verzeichnen. So wurde in den Abschnitt zum Allgemeinen Verwaltungsrecht eine Einführung in das Straßenrecht aufgenommen. Zudem hat im Verwaltungsprozessrecht das weiter gefasste Gesetz über die Justiz im Land Berlin das vormalige Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung abgelöst. Im Polizei- und Ordnungsrecht galt es, die Neuerungen der ASOG-Novelle 2021 sowie das neue Versammlungsfreiheitsgesetz des Landes Berlin einzuarbeiten. Schließlich war im öffentlichen Baurecht insbesondere das Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes zu berücksichtigen.

Herzlicher Dank für wertvolle Mitarbeit gebührt Assessorin *Lara Liese*, Humboldt-Universität zu Berlin.

Das Buch befindet sich insgesamt auf dem Stand vom 1. Oktober 2022, vereinzelt auch darüber hinaus.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Anregungen und Kritik richten Sie bitte an:
thorsten.siegel@fu-berlin.de; christian.waldhoff@rewi.hu-berlin.de.

Berlin, im November 2022

Thorsten Siegel
Christian Waldhoff

Auszug aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Das Landesrecht spielt in der juristischen Ausbildung eine große Rolle: Wesentliche Teile des besonderen Verwaltungsrechts sind nach der grundgesetzlichen Kompetenzordnung Landesrecht. Das Landesverfassungsrecht ist Teil des zum Pflichtfachstoff gehörenden Staatsrechts. Die Lage der Ausbildungsliteratur in diesen Bereichen erschwert es den Studierenden, sich in gleicher Weise sicher auf die Prüfungen vorzubereiten, wie dies hinsichtlich bundesrechtlich geregelten Prüfungsstoffs heute möglich ist. Es ist das Verdienst des Verlages C.H. Beck, für die Länder Lehrbücher zum jeweiligen Öffentlichen Recht herauszubringen. Nach den Werken für Bayern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg legen wir hier auch für das Land Berlin eine entsprechende Darstellung vor. Sie versteht sich insbesondere als Ausbildungsliteratur und stellt den Stoff des Landesverfassungs-, Organisations-, Polizei- und Ordnungsrechts einschließlich des Versammlungsrechts sowie des Bauplanungs- wie Bauordnungsrechts in einer Breite und Tiefe dar, wie sie in der Ersten Prüfung verlangt wird. Darüber hinaus ermöglicht sie im Referendariat eine komprimierte Wiederholung des in der Zweiten Prüfung relevanten Stoffes und soll schließlich Vertretern der Praxis einen ersten schnellen Zugriff auf die Materien ermöglichen.

Dem Charakter als vorlesungsbegleitendes und prüfungsvorbereitendes Werk entsprechend wurden die Literaturnachweise in Grenzen gehalten und hier – soweit möglich – vorrangig auf Ausbildungsliteratur verwiesen. Die Rechtsprechung ist, soweit sie landesspezifisch ist, mit dem Anspruch auf weitgehende Vollständigkeit, im Übrigen exemplarisch nachgewiesen. Das Landesverfassungs- und Organisationsrecht wird von *Christian Waldhoff*, das Polizei- und Ordnungsrecht sowie das Baurecht von *Thorsten Siegel* verantwortet, so dass die beiden Juristischen Fakultäten Berlins vertreten sind. Die Beiträge sind durch zahlreiche Querverweise miteinander verzahnt. Diverse Prüfungsschemata, Prüfungshinweise sowie die abschließenden Kontrollfragen erleichtern die Aneignung und Wiederholung der Materien.

…

Dank gebührt Herrn *Matthias S. Holland*, HU Berlin und Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln, für die mitverantwortliche Erstellung des Kapitels zum Organisationsrecht, Herrn *Christian Neumeier,* HU Berlin, für wichtige Unterstützung, sowie Herrn *Sebastian Hartwig* und Frau *Johanna Rilling*, FU Berlin, für wertvolle Recherche- und Überprüfungsarbeiten bei den Abschnitten zum Polizei- und Ordnungsrecht sowie zum öffentlichen Baurecht. Die Verfasser danken schließlich dem Verlag C.H. Beck, insbesondere Herrn *Dr. Johannes Wasmuth*, für die souveräne Betreuung des Werkes.

Berlin, im Mai 2015

Thorsten Siegel
Christian Waldhoff

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis IX
Abkürzungsverzeichnis XXIX

§ 1. Verfassungs- und Organisationsrecht
(Christian Waldhoff, Abschnitt F zusammen mit
Mathias Sören Holland) 1
§ 2. Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht
(Thorsten Siegel) 141
§ 3. Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht
(Thorsten Siegel) 165
§ 4. Öffentliches Baurecht *(Thorsten Siegel)* 273

Sachverzeichnis 365

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Seite

Abkürzungsverzeichnis XXIX

§ 1. Verfassungs- und Organisationsrecht
(Christian Waldhoff, Abschnitt F zusammen mit *Mathias Sören Holland)*

A. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen 1
I. Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945, der Sonderstatus Berlins und die Verfassunggebung 2
II. Verfassungsentwicklung, Verfassungsänderungen 3
III. Besonderheiten des Berlin-Status zwischen 1950 und 1990 im Überblick 4
IV. Anhang 5

B. Bundesverfassungsrechtliche Grundlagen des Berliner Landesverfassungsrechts 6
I. Der Status Berlins als Land im Bundesstaat 6
II. Landesverfassungshoheit – Die Verfassung von Berlin in der Typologie der Landesverfasungen 7
III. Bindungen des Landesverfassungsgebers durch das Grundgesetz 7
1. Normative Homogenität – Art. 28 I GG 8
2. Gestaltungsmöglichkeiten im Grundrechtsbereich – Art. 142 GG 8
3. „Bundesrecht bricht Landesrecht" – Art. 31 GG 10
IV. Besonderheiten der Stadtstaaten 10
V. Hauptstadtverfassungsrecht 11
VI. Gebietsfragen und Verhältnis zu Brandenburg 12
VII. Anhang 13

C. Grundrechte 14
I. Eigenstand und Fremdbestimmung der Berliner Landesgrundrechte 14
II. Allgemeine Grundrechtslehren des Berliner Landesverfassungsrechts 14
III. Einzelne Grundrechte 17
1. Menschenwürde 17
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht und allgemeine Handlungsfreiheit 18
3. Schutz von Leben und körperlicher Integrität 18
4. Freiheit der Person 18
5. Justizielle Grundrechte 19
6. Gleichheitssatz 22
a) Allgemeiner Gleichheitssatz 22

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

b) Besondere Gleichheitssätze und Diskriminierungsverbote 23
c) Staatsbürgerliche Gleichheit 23
7. Schutz von Ehe und Familie 24
8. Kommunikationsgrundrechte 24
a) Meinungsfreiheit 25
b) Informationsfreiheit 26
c) Versammlungsfreiheit 26
e) Vereinigungsfreiheit 27
9. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis 27
10. Freizügigkeit 27
11. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit 29
12. Eigentumsfreiheit 30
13. Religionsfreiheit einschließlich Sonn- und Feiertagsschutz sowie Religionsverfassungsrecht 33
14. Petitionsrecht 37
15. Innovative Grundrechte 37
a) Gleichstellung behinderter Menschen 38
b) Missbrauch wirtschaftlicher Macht 38
c) Mitbestimmung 38
d) Schutz des „Zusammenlebens der Völker“ 39
e) Datenschutz 39
f) Schutz staatsbürgerlicher Rechte 39
16. Soziale Grundrechte 40
a) Recht „auf Arbeit“ 40
b) Recht auf Bildung und Schutz des kulturellen Lebens 40
c) Soziale Sicherung 40
d) Recht auf Wohnraum 41
17. Staatszielbestimmungen 41
IV. Anhang 42

D. Staatsorganisationsrecht 42
I. Staatsstrukturprinzipien 43
1. Demokratieprinzip 43
a) Grundlinien 43
b) Direktdemokratische Elemente 44
aa) Bestand, Entwicklung und Formen direkter Demokratie in Berlin 44
bb) Volksinitiative, Art. 61 VvB 44
cc) Volksbegehren und Volksentscheid, Art. 62, 63 VvB 45
dd) Die Finanzausschlussklausel des Art. 62 II VvB 47
c) Ausländerwahlrecht 51
2. Gewaltenteilung 51
II. Staatsorgane 52
1. Abgeordnetenhaus 53
2. Senat 59
III. Staatsfunktionen 62
1. Gesetzgebung 62

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

2. Verwaltung 66
3. Rechtsprechung 67
4. Finanzwesen 68
a) Berlin in der bundesstaatlichen Finanzverfassung des Grundgesetzes 68
b) Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern als Landessteuern 69
c) Nichtsteuerliche Abgaben 70
d) Der Streit um eine extreme Haushaltsnotlage Berlins 71
e) Berliner Haushaltsverfassungsrecht 72
aa) Funktion des parlamentarischen Budgetrechts des Abgeordnetenhauses 72
bb) Das Haushaltsverfahren im Überblick 75
f) Landesverfassungsrechtliche Schuldenbremse 78
g) Wirtschaftliche Betätigung Berlins 81
IV. Anhang 82

E. Verfassungsgerichtshof und verfassungsgerichtliche Verfahren 83
I. Stellung und Organisation 83
II. Verfahren 84
1. Landesorganstreitverfahren 84
[1] Parteifähigkeit 84
[a] „oberstes Landesorgan“ 85
[b] „anderer Beteiligte“ 87
[2] Streitgegenstand 87
[3] Antragsbefugnis 87
[4] Frist 88
[5] Prüfungsmaßstab 88
2. Zuständigkeitsstreit zwischen Hauptverwaltung und Bezirken 88
[1] Antragsberechtigung 88
[2] Antragsgegenstand 88
[3] Antragsbefugnis 89
[4] Antragsfrist 89
[5] Prüfungsmaßstab 89
[6] Entscheidung und Entscheidungsfolgenausspruch 90
3. Abstrakte Normenkontrolle von Landesrecht 90
[1] Antragsberechtigung 91
[2] Prüfungsgegenstand 91
[3] Statthaftigkeit des Antrags 91
[4] Prüfungsmaßstab 92
[5] Entscheidung und Entscheidungsfolgenaussprüche 92
4. Konkrete Normenkontrolle von Landesrecht 92
[1] Vorlageberechtigung 93
[2] Prüfungsgegenstand 93
[3] Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit 93

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

[4] Entscheidungserheblichkeit 93
[5] Prüfungsmaßstab 93
5. Landesverfassungsbeschwerde 94
a) Zulässigkeitsvoraussetzungen 94
[1] Beschwerdefähigkeit 94
[2] Beschwerdegegenstand 94
[3] Beschwerdebefugnis 95
[4] Rechtswegerschöpfung 95
[5] Subsidiarität 96
[6] Frist 97
[7] Sonstige Sachentscheidungsvoraussetzungen 97
[8] Prüfungsmaßstab und Entscheidung 97
b) Abgrenzung zur Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht 98
aa) Verfahrensgegenstand 98
bb) Prüfungsmaßstab 98
cc) Prozessuales Verhältnis 99
c) Sonderprobleme der Landesverfassungsbeschwerde hinsichtlich des Prüfungsrahmens bei fachgerichtlichen Entscheidungen 100
6. Sonstige Verfahren 102
a) Wahlprüfung 102
b) Zuständigkeit in Verfahren direkter Demokratie 103
c) Divergenzvorlage nach Art. 100 III GG 103
d) Verzögerungsbeschwerde 103
7. Allgemeines Landesverfassungsprozessrecht 103
III. Anhang 104

F. Berliner Organisationsrecht, insbesondere die Bezirke 104
I. Historische Grundlagen 104
II. Die Rechtsstellung der Bezirke 106
1. Keine Anwendbarkeit von Art. 28 II GG 106
2. Die Rechtsstellung der Bezirke im Einzelnen 107
III. Der Aufbau der Berliner Verwaltung 109
1. Zweistufigkeit der unmittelbaren Landesverwaltung 109
2. Die Hauptverwaltung 109
a) Die Senatsverwaltungen 109
b) Nachgeordnete Behörden (Sonderbehörden) und nicht rechtsfähige Anstalten 109
c) Eigenbetriebe 110
3. Die Bezirksverwaltung 110
a) Die Bezirksverordnetenversammlung 110
aa) Rechtsstellung 110
bb) Wahl, Zusammensetzung und Organe 110
cc) Kompetenzen 116
b) Das Bezirksamt 118
aa) Rechtsstellung 118

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

bb) Wahl, Zusammensetzung, Mitglieder 118
cc) Kompetenzen 120
dd) Organisation der Bezirksverwaltung 121
4. Der Rat der Bürgermeister 122
a) Rechtsstellung 122
b) Zusammensetzung 122
c) Kompetenzen 122
5. Direktdemokratische Elemente auf Bezirksebene 123
a) Einwohnerversammlung 123
b) Einwohnerfragestunde 124
c) Einwohnerantrag 124
d) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid 124
IV. Aufteilung der Zuständigkeiten 126
1. Verhältnis Hauptverwaltung – Bezirksverwaltung 126
2. Die Vertretung Berlins 128
3. Erlass von Verwaltungsvorschriften 128
4. Aufsichtsbefugnisse 129
a) Aufsicht innerhalb von Haupt- und Bezirksverwaltung 129
b) Bezirksaufsicht 129
c) Staatsaufsicht 132
5. Vorverfahren 132
6. Dienstrechtliche Zuständigkeiten 132
V. Rechtsschutz der Bezirke 133
1. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz 133
2. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz 133
VI. Anhang 135

G. Antworten auf die Kontrollfragen 137

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 2. Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht
(Thorsten Siegel)

A. Rechtsgrundlagen 141
I. Allgemeines Verwaltungsrecht 141
II. Verwaltungsprozessrecht 142

B. Verwaltungsorganisationsrecht 143
I. Aufbau der Berliner Verwaltung 143
II. Bestimmung der Zuständigkeit 143
1. Sachliche und instanzielle Zuständigkeit 143
2. Örtliche Zuständigkeit 144

C. Verwaltungsverfahrensrecht 145
I. Anwendungsbereich des VwVfG Bln 145
II. Verfahrensarten 145
III. Modifizierung des Akteneinsichtsrechts für Beteiligte 146
1. Anwendungsbereich 146
2. Reichweite 146

Seite

IV. Informationsrechte nach dem IFG Bln 147
1. Anwendungsbereich 147
2. Anspruchsvoraussetzungen 147
3. Anspruchsgrenzen 148
V. Zustellung 148
VI. E-Government 148

D. Verwaltungsvollstreckungsrecht 149
I. Rechtsgrundlagen 149
II. Höhe des Zwangsgeldes 149
III. Vollstreckungspauschale 149
IV. Unmittelbarer Zwang 150

E. Öffentliche Einrichtungen 150
I. Bedeutung und Rechtsgrundlagen 150
II. Begriff 151
III. Organisationsformen 151
IV. Der Zulassungsanspruch 152
1. Rechtsgrundlage und Anspruchsinhaber 152
2. Adressat und Inhalt 153
3. Grenzen des Anspruchs 153
4. Durchsetzung des Anspruchs 154
V. Das Benutzungsverhältnis 154
VI. Anschluss- und Benutzungszwang 155
1. Wesen 155
2. Voraussetzungen 155
3. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht 156
4. Benutzungsverhältnis 156

F. Straßenrecht 156
I. Straßen als öffentliche Sachen 156
II. Statusbegründung 157
III. Rechtsgrundlagen 157
IV. Abgrenzung zum Straßenverkehrsrecht 157
V. Das straßenrechtliche Nutzungsregime 158
1. Der Gemeingebrauch 158
2. Der Anliegergebrauch 158
3. Die Sondernutzung 159

G. Verwaltungsprozessrecht 159
I. Aufbau der Berliner Verwaltungsgerichtsbarkeit 159
II. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs 160
III. Passive Prozessführungsbefugnis/Beteiligtenfähigkeit 160
IV. Normenkontrolle 161
V. Klage- bzw. Antragsbefugnis 161
VI. Widerspruchsverfahren 162
VII. Vorläufiger Rechtsschutz 162

H. Anhang: Kontrollfragen 162

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

§ 3. Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht

(Thorsten Siegel)

A. Grundlagen 165
I. Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts (POR) 165
II. Verfassungsrechtliche Bezüge 166
1. Gefahrenabwehr als Staatsaufgabe 166
2. Gesetzgebungskompetenzen 166
3. Grundrechtliche Bezüge 167
III. Rechtsgrundlagen 168
1. Übersicht 168
2. Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG) 168
3. (Subsidiäre) Geltung des Verwaltungsverfahrensgesetzes 169
a) Rechtslage in Berlin 169
b) Begriff des Verwaltungsverfahrens 169
c) Im POR bedeutsame Vorschriften 169
4. Rechtsgrundlagen im Vollstreckungsrecht/bei Verwaltungszwang 170
5. Sonstiges Landesrecht 170
a) Mobilitätsgesetz 170
b) Hundegesetz 171
c) Landesantidiskriminierungsgesetz 171
6. Rechtsgrundlagen im Versammlungsrecht 171
a) Bisherige Rechtslage 171
b) Neue Rechtslage 171
IV. Anhang 172

B. Organisation und Zuständigkeiten 172
I. Polizeibegriffe 172
II. Abgrenzung zu anderen Stellen mit Aufgaben der Gefahrenabwehr 173
III. Einheitssystem und Trennsystem 173
1. Funktionsweise und Verbreitung 173
2. Trennsystem nach dem ASOG 174
a) Grundsatz: Zuständigkeit der Ordnungsbehörden 174
b) Originäre Zuständigkeiten der Polizei 174
c) Eilzuständigkeit der Polizei 174
IV. Die Polizei in Berlin 175
1. Vom „Polizeipräsidenten in Berlin“ zur „Polizei Berlin“ 175
2. Untergliederung und Zuständigkeit innerhalb der Polizei 175
3. Legitimations- und Kennzeichnungspflichten 175
V. Die Ordnungsbehörden in Berlin 176
1. Arten der Ordnungsbehörden 176
2. Bestimmung der Zuständigkeit innerhalb der Ordnungsbehörden 176
VI. Anhang 177

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

C. Aufgaben der Polizei und Ordnungsbehörden 177
I. Gefahrenabwehr als zentrale Aufgabe 177
II. Abgrenzung zur repressiven Tätigkeit 178
1. Relevanz der Abgrenzung 178
2. Zuordnung im Einzelfall 178
III. Vollzugshilfe durch die Polizei 179
IV. Subsidiärer Schutz privater Rechte 179
V. Anhang 180

D. Grundbegriffe 180
I. Übersicht 180
II. Schutzgüter 180
1. Öffentliche Sicherheit 180
a) Unversehrtheit der Rechtsordnung 181
b) Individuelle Rechtsgüter und Rechte des Einzelnen 181
c) Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates 182
2. Öffentliche Ordnung 182
a) Begriff und Wesen 182
b) Beispiele aus der Rechtsprechung 182
III. Vorliegen einer Gefahr 183
1. Grundbegriff der Gefahr 183
a) Definition 183
b) Merkmal der Beeinträchtigung 183
c) Grad der Wahrscheinlichkeit 184
d) Maßstab zur Bewertung 184
2. Abgrenzung 185
a) Abstrakte Gefahr 185
b) Scheingefahr/Putativgefahr 185
c) Gefahrenverdacht 186
d) Gefahrenvorsorge und drohende Gefahr 186
3. Gefahrqualifikationen 187
IV. Verantwortlichkeit/Adressaten 187
1. Übersicht 187
2. Verhaltensverantwortlichkeit 188
a) Die Verursachung als Schlüsselmerkmal 188
b) Die Figur des Zweckveranlassers 188
c) Zusatzverantwortlichkeit des Verhaltensstörers 189
3. Zustandsverantwortlichkeit 189
a) Inhaber der tatsächlichen Gewalt 189
b) Zusatzverantwortlichkeit des Eigentümers und sonstiger Berechtigter 190
c) Grenzen der Zustandsverantwortlichkeit 190
4. Der Nichtstörer 191
a) Begriff und Wesen 191
b) Anforderungen und Grenzen der Inanspruchnahme 191
c) Anwendungsfälle 192

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

5. Besondere Störer ... 192
a) Anscheinsstörer ... 192
b) Scheinstörer ... 193
c) Verantwortlichkeit von Hoheitsträgern? ... 193
6. Störerauswahl ... 194
7. Rechtsnachfolge ... 194
a) Zustandsverantwortlichkeit ... 195
b) Verhaltensverantwortlichkeit ... 195
V. Ermessen und Verhältnismäßigkeit ... 195
1. Ermessen ... 195
a) Wesen ... 195
b) Ermessen im Polizei- und Ordnungsrecht ... 196
c) Ermessen und subjektive Rechte des Bürgers ... 196
2. Verhältnismäßigkeit ... 197
a) Rechtsgrundlagen im POR ... 197
b) Legitimer Zweck und Geeignetheit ... 197
c) Erforderlichkeit ... 197
d) Angemessenheit ... 198
VI. Anhang ... 198

E. Einzelmaßnahmen ... 199
I. Trennung zwischen Aufgabe, Zuständigkeit und Befugnissen ... 199
II. Ermächtigungsgrundlagen für Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ... 200
1. Einschlägigkeit des allgemeinen Gefahrenabwehrrechts ... 200
2. Standardmaßnahme oder Generalklausel? ... 200
III. Die Generalklausel (§ 17 I ASOG) ... 201
1. Relevanz ... 201
2. Rechtmäßigkeitsanforderungen ... 202
IV. Prüfungsschema für Maßnahmen nach der Generalklausel ... 202
V. Anhang ... 203

F. Standardmaßnahmen ... 203
I. Übersicht ... 203
II. Prüfungsschema für Standardmaßnahmen ... 204
III. Ermittlungsmaßnahmen nach §§ 18 ff. ASOG ... 204
1. Übersicht ... 204
2. Befragung nach § 18 III-VI ASOG ... 205
a) Wesen ... 205
b) Besondere formelle Anforderungen ... 205
c) Tatbestand ... 205
d) Adressaten ... 205
e) Rechtsfolgen ... 206
3. Gefährderansprache/Gefährderanschreiben nach § 18b ASOG ... 206
a) Wesen ... 206
b) Besondere formelle Anforderungen ... 206

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

c) Tatbestand und Adressaten 207
d) Rechtsfolgen 207
4. Vorladung nach § 20 ASOG 207
a) Wesen 207
b) Besondere formelle Anforderungen 207
c) Tatbestand 207
d) Adressaten 208
e) Rechtsfolgen 208
5. Identitätsfeststellung nach § 21 ASOG 208
a) Wesen 208
b) Besondere formelle Anforderungen 208
c) Tatbestände 208
d) Adressaten 210
e) Rechtsfolgen 210
6. Erkennungsdienstliche Maßnahmen nach § 23 ASOG 210
a) Wesen 210
b) Besondere formelle Anforderungen 211
c) Tatbestände 211
d) Adressaten 211
e) Rechtsfolgen 211
IV. Ortsverändernde Maßnahmen nach § 29 ff. ASOG 212
1. Übersicht 212
2. Platzverweisung nach § 29 I ASOG 212
a) Wesen 212
b) Besondere formelle Anforderungen 212
c) Tatbestand 213
d) Adressaten 213
e) Rechtsfolgen 213
3. Aufenthaltsverbot nach § 29 II ASOG 213
a) Wesen 213
b) Besondere formelle Anforderungen 214
c) Tatbestand 214
d) Adressaten 214
e) Rechtsfolgen 214
4. Wohnungsverweisung nach § 29a ASOG 214
a) Wesen 214
b) Besondere formelle Anforderungen 215
c) Tatbestand 215
d) Adressaten 215
e) Rechtsfolgen 215
5. Meldeauflage nach § 29c ASOG 216
a) Wesen 216
b) Besondere formelle Anforderungen 216
c) Tatbestand 216
d) Adressaten 217
e) Rechtsfolgen 217

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

V. Gewahrsam nach §§ 30 ff. ASOG 217
1. Wesen 217
2. Besondere formelle Anforderungen 217
3. Tatbestände 218
4. Adressaten 218
5. Rechtsfolgen 218
VI. Durchsuchungen nach §§ 34 ff. ASOG 219
1. Übersicht 219
2. Durchsuchung von Personen nach § 34 ASOG 220
a) Wesen 220
b) Besondere formelle Anforderungen 220
c) Tatbestand 220
d) Adressaten 221
e) Rechtsfolgen 221
3. Durchsuchung von Sachen nach § 35 ASOG 221
a) Wesen 221
b) Besondere formelle Anforderungen 221
c) Tatbestände 221
d) Adressaten 222
e) Rechtsfolgen 222
4. Betreten und Durchsuchungen von Wohnungen nach §§ 36, 37 ASOG 222
a) Wesen und verfassungsrechtlicher Hintergrund 222
b) Besondere formelle Anforderungen 223
c) Tatbestände 223
d) Adressaten 224
e) Rechtsfolgen, insbesondere Grenzen 224
VII. Sicherstellung und Umsetzung 225
1. Sicherstellung nach §§ 38 ff. ASOG 225
a) Wesen 225
b) (Besondere) Rechtmäßigkeitsanforderungen 225
c) Rechtsfolgen 226
2. Die Umsetzung von Fahrzeugen nach § 37a ASOG 226
a) Wesen 226
b) Besondere formelle Anforderungen 227
c) Tatbestand und Adressaten 227
d) Rechtsfolgen 227
VIII. Datenerhebung, insbesondere Videoüberwachung 227
1. Systematische Übersicht 227
2. Rahmenbedingungen 228
a) Rechtsgrundlagen 228
b) Grundrechtliche Schranken 229
3. Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen nach § 24 ASOG 229
a) Zweck 229
b) Besondere formelle Anforderungen 229

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

c) Tatbestand 230
d) Adressaten 230
e) Rechtsfolgen 230
4. Datenerhebung an gefährdeten Objekten nach § 24a ASOG 230
5. Datenerhebung in öffentlichen Verkehrseinrichtungen nach § 24b ASOG 231
6. Datenerhebung zur Eigensicherung nach § 24c ASOG 231
a) Wesen 231
b) Besondere formelle Anforderungen 231
c) Tatbestand und Adressaten 232
d) Rechtsfolgen 232
7. Automatische Kennzeichenerfassung nach § 24d ASOG 232
8. Datenerhebung nach § 25 ASOG 233
9. Rasterfahndung nach § 47 ASOG 234
IX. Anhang 234

G. Rechtsschutz im Zusammenhang mit Einzelmaßnahmen 235
I. Rechtsweg und Zuständigkeit 236
II. Rechtsschutz in der Hauptsache 236
III. Vorläufiger Rechtsschutz 237
IV. Anhang 237

H. Gefahrenabwehrverordnungen 238
I. Wesen und Rechtsgrundlagen 238
II. Formelle Anforderungen 238
III. Tatbestand 238
IV. Adressaten 239
V. Rechtsfolgen 239
VI. Durchsetzung der Ge- und Verbote 240
VII. Rechtsschutz 240
VIII. Prüfungsschema für Gefahrenabwehrverordnungen nach §§ 55 ff. ASOG 241
IX. Anhang 241

I. Verwaltungszwang/Verwaltungsvollstreckung im POR 242
I. Zweck und Rechtsgrundlagen 242
II. Arten der Vollstreckung 242
III. Zwangsmittel zur Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen 243
1. Ersatzvornahme nach § 10 VwVG 243
2. Zwangsgeld nach § 11 VwVG 243
3. Unmittelbarer Zwang nach § 12 VwVG 244
IV. Das „gestreckte" Vollstreckungsverfahren 245
1. Übersicht 245
2. Ausgangspunkt: vollstreckungsfähiger Verwaltungsakt 245
a) In Betracht kommende Verwaltungsakte 245

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

b) Unanfechtbarkeit oder Entfallen der aufschiebenden Wirkung ... 246
c) Rechtmäßigkeit oder Wirksamkeit des Verwaltungsakts? ... 246
3. Androhung ... 247
a) Wesen und Erforderlichkeit ... 247
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen ... 247
4. Festsetzung ... 247
a) Wesen und Erforderlichkeit ... 247
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen ... 248
5. Anwendung ... 248
6. Rechtsschutz ... 248
7. Prüfungsschema gestrecktes Vollstreckungsverfahren ... 249
V. Unmittelbare Ausführung/sofortiger Vollzug ... 249
1. Übersicht ... 249
2. Unmittelbare Ausführung nach §§ 15/37a ASOG ... 250
a) Wesen ... 250
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen ... 251
c) Rechtsfolgen ... 251
d) Rechtsschutz ... 251
3. Sofortvollzug nach § 6 II VwVG ... 252
a) Wesen ... 252
b) Rechtmäßigkeitsanforderungen ... 252
c) Rechtsschutz ... 252
4. Prüfungsschema unmittelbare Ausführung/Sofortvollzug ... 252
VI. Anhang ... 253

J. Schadensausgleich und Kostenerstattung ... 253
I. Bedeutung von Ersatz- und Entschädigungsansprüchen im POR ... 253
II. Entschädigung nach §§ 59ff. ASOG ... 254
1. Wesen und Inhaber des Anspruchs ... 254
2. Rechtsfolgen und Durchsetzung ... 254
III. Ansprüche der Polizei und Ordnungsbehörden ... 255
IV. Anhang ... 255

K. Versammlungsrecht ... 256
I. Rechtsgrundlagen ... 256
1. Die Versammlungsgesetze ... 256
2. Flankierende Regelungen ... 256
II. Grundrechtlicher Hintergrund: Die Versammlungsfreiheit ... 256
1. Der Versammlungsbegriff ... 256
2. Reichweite der Grundrechtsbindung ... 257
III. Arten der Versammlung ... 258
IV. Versammlungsrecht als besonderes Ordnungsrecht ... 258
1. Die „Polizeifestigkeit“ des Versammlungsrechts ... 258
2. Zeitlich-funktionale Grenzen ... 258
3. Zulässigkeit sog. Minusmaßnahmen ... 259

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

4. Adressatenbestimmung 259
5. Versammlungsrecht in der Corona-Pandemie 260
a) Flächendeckende Versammlungsverbote 260
b) Einzelfallbezogene Versammlungsbeschränkungen 260
V. Maßnahmen bei Versammlungen unter freiem Himmel 261
1. Vorfrage der Anzeigepflicht (§ 12 f. VersFG BE) 261
2. Die versammlungsrechtliche Generalklausel nach § 14 VersFG BE 261
a) Einschlägigkeit und formelle Anforderungen 261
b) Materielle Anforderungen 261
aa) Tatbestand 261
bb) Adressaten 262
cc) Rechtsfolge 262
c) Besonders geschützte Bereiche 263
3. Versammlungsrechtliche Standardmaßnahmen 264
a) Teilnahmeuntersagung (§ 16 VersFG BE) 264
b) Durchsuchung und Identätsfeststellung (§ 17 VersFG BE) 264
c) Bild- und Tonaufnahmen (§ 18 VersFG BE) 264
4. Prüfungsschema für Beschränkungen nach § 14 VersFG BE ... 265
VI. Anhang 265

L. Antworten auf die Kontrollfragen 266

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 4. Öffentliches Baurecht

(Thorsten Siegel)

A. Grundlagen 273
I. Begriff des öffentlichen Baurechts 273
II. Teilgebiete des öffentlichen Baurechts 274
III. Rahmenbedingungen 275
1. Vorgaben der Europäischen Union 275
2. Gesetzgebungskompetenzen 275
3. Grundrechtliche Bezüge 275
4. Bauleitplanung und Selbstverwaltung 276
IV. Rechtsgrundlagen 276
1. Bundesrecht 276
a) Das Baugesetzbuch als zentrale Rechtsgrundlage 276
b) Weitere bundesrechtliche Bestimmungen 277
2. Berliner Landesrecht 277
a) Bauplanungsrecht 277
b) Bauordnungsrecht 278
c) Sonstiges Landesrecht 279
aa) Landesplanungsrecht 279
bb) Verwaltungsverfahrensrecht 279
cc) Spezifisches Fachrecht 279
dd) Zweckentfremdungsrecht 280
V. Anhang 281

Seite

B. Bauplanungsrecht 281
I. Wesen der Bauleitpläne 281
II. Arten der Bauleitpläne 282
1. Flächennutzungspläne und Bebauungspläne 282
2. Arten der Bebauungspläne 283
3. Rechtsnatur 283
a) Flächennutzungsplan 283
b) Bebauungsplan 283
III. Flächennutzungsplan – Übersicht 284
1. Formelle Anforderungen 284
2. Materielle Anforderungen 284
3. Fehlerfolgen 285
IV. Zuständigkeit für die Aufstellung der Bebauungspläne 285
1. Zuständigkeit der Bezirke als Regelfall 285
2. Zuständigkeit der Senatsverwaltung in besonderen Fällen 286
a) Dringendes Gesamtinteresse Berlins nach § 7 AGBauGB 286
aa) Tatbestand 286
bb) Rechtsfolge 286
cc) Verfassungskonformität? 287
b) Erfordernisse von Bundesverfassungsorganen nach § 8 AGBauGB 287
c) Außergewöhnliche städtebauliche Bedeutung nach § 9 AGBauGB 287
aa) Tatbestand 287
bb) Rechtsfolge 288
cc) Abgrenzung zu § 7 AGBauGB 288
3. Rechtliche Stellung der Bezirke 288
V. Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen 288
1. Verfahren bei Zuständigkeit der Bezirke 288
a) Einleitung des Verfahrens 289
b) Beteiligungsverfahren 289
c) Insbesondere: förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung 290
d) Anzeigeverfahren und Beschlussfassung 291
e) Festsetzung und Bekanntmachung 292
2. Verfahren bei Bebauungsplänen der Senatsverwaltung 292
VI. Materielle Anforderungen an Bebauungspläne 292
1. Hintergrund: Planerische Gestaltungsfreiheit 292
2. Planrechtfertigung 293
a) Regelung nach § 1 III BauGB 293
b) Gestaltungsfreiheit oder Planungspflicht? 293
3. Vereinbarkeit mit höherrangigen Planungen 294
a) Arten höherrangiger Planungen 294
b) Bindungswirkung höherrangiger Planungsstufen 294
4. Das Entwicklungsgebot nach § 8 II bis IV BauGB 295
a) Grundsatz nach § 8 II 1 BauGB 295
b) Ausnahmen 295

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

5. Das Abwägungsgebot 296
a) Einführung 296
b) Anforderungen an die Abwägung 296
aa) Ermittlung und Einstellung der abwägungsrelevanten Belange 296
bb) Gewichtung der Belange 297
cc) Ausgleich der Belange 297
c) Abwägungsfehler 298
6. Festsetzungen im Bebauungsplan 299
a) Festsetzungen nach § 9 BauGB 299
b) Standardisierung durch die BauNVO 299
VII. Fehlerfolgen 299
1. Grundsatz der Planerhaltung 299
2. Differenzierung nach dem „Gewicht" des Fehlers 300
3. Unbeachtlichkeit nach § 214 I bis III BauGB 300
a) Verfahrens- und Formverstöße (§ 214 I BauGB) 300
b) Entwicklungsgebot (§ 214 II BauGB) 301
c) Abwägungsfehler (§ 214 I 1 Nr. 1 und III 2 BauGB) 301
4. Unbeachtlichkeit nach Fristablauf 302
a) Regelung des § 215 BauGB 302
b) Regelung des § 32 AGBauGB 302
5. Ergänzendes Verfahren nach § 214 IV BauGB 302
VIII. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne 303
1. Prinzipale Normenkontrolle nach § 47 VwGO 303
a) Wesen 303
b) Anwendungsbereich des § 47 VwGO 303
aa) Rechtliche Rahmenbedingungen 303
bb) Bebauungspläne 303
cc) Flächennutzungspläne 304
c) Sachentscheidungsvoraussetzungen 305
aa) Rechtsweg/Zuständigkeit 305
bb) Statthaftigkeit 305
cc) Antragsbefugnis 305
dd) Antragsfrist 306
ee) Präklusion 306
ff) Beteiligtenbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen 306
d) Begründetheit des Antrags 307
2. Inzidente Normenkontrolle 307
3. Feststellungsklage als „heimliche" Normenkontrolle 307
4. Rechtsschutzmöglichkeiten anerkannter Umweltvereinigungen 308
IX. Sicherung der Bauleitplanung 308
1. Veränderungssperre 309
2. Zurückstellen von Baugesuchen 309
3. Vorkaufsrechte 309

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

X. Prüfungsschema für einen Bebauungsplan 310
XI. Anhang 310

C. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben 311
I. Bedeutung 311
II. Systematik der §§ 29 ff. BauGB 312
1. Anknüpfungspunkt: Vorhaben iSd § 29 BauGB 312
2. Bereiche nach §§ 30 ff. BauGB im Überblick 312
III. Vorhaben im Planbereich 313
1. Bereich eines qualifizierten Bebauungsplans (§ 30 I BauGB) 313
a) Systematik der BauNVO 313
b) Das Erfordernis der Gebietsverträglichkeit 314
aa) Wesen 314
bb) Vorrang der Wertungen des Verordnungsgebers 314
cc) Einzelfälle zur Gebietsverträglichkeit aus der Rechtsprechung 314
c) Das Rücksichtnahmegebot 315
2. Bereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§ 30 II BauGB) 315
3. Bereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 III BauGB) 316
4. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB iVm § 246 BauGB) 316
a) Wesen und Abgrenzung 316
b) Ausnahmen 316
aa) Ausnahmen nach § 31 I BauGB 316
bb) Ausnahmen nach § 246 XI BauGB 317
c) Befreiungen 317
aa) Befreiungen nach § 31 II BauGB 317
bb) Befreiungen nach § 31 III BauGB 318
cc) Befreiungen nach § 246 X und XII BauGB 318
IV. Vorhaben im Innenbereich (§ 34 BauGB) 319
1. Abgrenzung zu den anderen Bereichen 319
2. Anforderungen nach § 34 II BauGB 320
3. Anforderungen nach § 34 I BauGB 320
V. Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB) 321
1. Anwendungsbereich und Systematik 321
2. Anforderungen an privilegierte Vorhaben (§ 35 I BauGB) 321
a) Wesen der Privilegierung 321
b) Einzelfälle der Privilegierung 322
c) Insbesondere: Windenergieanlagen 322
3. Anforderungen an sonstige Vorhaben (§ 35 II BauGB) 323
VI. Anhang 323

D. Bauordnungsrecht: Übersicht 324
I. Bedeutung und Anwendungsbereich 324
II. Bauaufsicht und Zuständigkeit 324
1. Funktion der Bauaufsicht 324
2. Zuständigkeit 325

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

III. Materielles Bauordnungsrecht 325
1. Wesen und Bedeutung 325
2. Die materielle Generalklausel (§ 3 I BauO) 326
3. Abstandsregeln (§§ 6, 6a BauO) 326
4. Verunstaltungsschutz (§ 9 BauO) 326
5. Stellplätze (§ 49 BauO) 327
6. Abweichungen (§ 67 BauO) 327
IV. Formelles Bauordnungsrecht 327
V. Anhang 327

E. Eröffnungskontrollen im Bauordnungsrecht 328
I. Übersicht 328
II. Die Baugenehmigung als zentrale Eröffnungskontrolle 328
1. Wesen der Baugenehmigung 328
2. Verhältnis zu anderen Gestattungsverfahren 329
3. Reichweite des Genehmigungserfordernisses 330
a) Grundsatz nach § 59 I BauO 330
b) Ausnahmen nach § 61 BauO 331
c) Freistellung nach § 62 BauO 332
4. Arten der Baugenehmigung 332
a) Die „Vollgenehmigung“ 332
b) Teilbaugenehmigung und Vorbescheid (§§ 74, 75 BauO) ... 332
c) Regelungsgehalt nach Verfahrensarten 333
III. Das Baugenehmigungsverfahren 333
1. Übersicht 333
2. Das „normale“ Baugenehmigungsverfahren 334
a) Einleitung 334
b) Behördenbeteiligung 334
c) Einvernehmen nach § 36 BauGB? 335
d) Nachbar- und Öffentlichkeitsbeteiligung 336
e) Materielle Anforderungen/Prüfprogramm 337
f) Erteilung der Baugenehmigung 338
3. Das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren 339
a) Verfahrensvereinfachung (§ 69 IV 1 und 2 BauO) 339
aa) Besonderheiten bei der Einleitung 339
bb) Genehmigungsfiktion (§ 69 IV 3 BauO) 339
cc) Wesen der Genehmigungsfiktion 340
b) Materielle Anforderungen/Prüfprogramm 340
IV. Prüfungsschema für die Erteilung einer Baugenehmigung 341
V. Die Genehmigungsfreistellung nach § 62 BauO 342
1. Überblick 342
2. Anwendungsbereich 342
3. Verfahren 342
4. Materielles Prüfprogramm und Prüfdichte 343
VI. Anhang 343

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

F. Repressive Maßnahmen der Bauaufsicht 344
I. Bedeutung 344
II. Systematik 344
III. Formelle und materielle Illegalität 345
IV. Adressaten der Verfügungen 345
V. Baueinstellungsverfügung (§ 79 BauO) 346
1. Wesen und Bedeutung 346
2. Tatbestand und Adressat 346
3. Rechtsfolgen 346
VI. Nutzungsuntersagung (§ 80 S. 2 BauO) 347
1. Wesen und Bedeutung 347
2. Tatbestand und Adressat 347
3. Rechtsfolgen 347
VII. Beseitigungsanordnung (§ 80 S. 1 BauO) 348
1. Wesen und Bedeutung 348
2. Tatbestand und Adressat 348
3. Rechtsfolgen 349
VIII. Maßnahmen nach § 58 I 5 BauO 350
IX. Prüfungsschema repressive Bauordnungsverfügung 350
X. Anhang 351

G. Rechtsschutz bei Bauvorhaben 351
I. Überblick 351
II. Rechtsschutz des Bauherrn in der Hauptsache 352
1. Erfordernis einer Baugenehmigung 352
2. Besonderheiten im vereinfachten Genehmigungsverfahren 352
3. Genehmigungsfreistellung/Verfahrensfreiheit 353
4. Erlass einer repressiven Verfügung 353
III. Rechtsschutz des Nachbarn in der Hauptsache 354
1. Vorliegen einer Baugenehmigung 354
a) Statthaftigkeit der Anfechtungsklage 354
b) Insbesondere: Klagebefugnis 354
aa) Anspruch auf Gebietsgewährleistung 354
bb) Rücksichtnahmegebot 355
cc) Sonstige nachbarschützende Rechte 355
c) Insbesondere: Widerspruchsfrist 356
2. Besonderheiten im vereinfachten Genehmigungsverfahren 356
3. Rechtsschutz des Nachbarn in Bezug auf repressive Verfügungen 357
IV. Vorläufiger Rechtsschutz 357
1. Überblick 357
2. Vorläufiger Rechtsschutz des Bauherrn 358
a) Verweigerung der Baugenehmigung 358
b) Erlass einer repressiven Verfügung 358

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Seite

3. Vorläufiger Rechtsschutz des Nachbarn 359
a) Erteilte Baugenehmigung 359
b) Ziel einer repressiven Verfügung 359
V. Anhang 359

H. Antworten auf die Kontrollfragen 360

Sachverzeichnis 365

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG